

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung

Niederschrift

über die 44. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung – am 04.06.2013 im 15837 Baruth/Mark, im bewohnten Gemeindeteil Glashütte, Haus B (Haus am Hüttenbahnhof), Hüttenweg 19.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzender

Herr Bernd Habermann

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Günter Stinal
Herr Klaus Hubrig
Herr Dirk Steinhausen
Herr Jörg Niendorf
Herr Erich Ertl

Sachkundige Einwohner

Herr Christian Heller
Herr Hartmut Rex

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Fritz Lindner
Frau Christin Menzel
Herr Dr. Ralf von der Bank

Sachkundige Einwohner

Frau Ute Krüger
Frau Alice Löning

Verwaltung

Herr Detlef Gärtner, Beigeordneter und Dezernent
Frau Heidemarie Köppen, Dezernat IV, Flughafenkoordinatorin
Herr Ralf Neumann, Kreisentwicklungsamt, Amtsleiter
Frau Marina Remus, Kreisentwicklungsamt, Schriftführerin
Herr Andreas Weiher, Bauamt, Amtsleiter
Frau Annett Dittwald, Bauamt, Sachbearbeiterin

Gäste

Herr Dr. Goes, Museumsverein Glashütte e. V., Vorsitzender

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:40 Uhr

- - - - -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Rundgang/Vorstellung Museumsdorf Glashütte
- 2 Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 05.03.2013 und vom 02.04.2013
- 5 Anfragen der Abgeordneten
- 6 Präsentation Museumsdorf Glashütte
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 8 Bundesverkehrswegeplan, Bereich Teltow-Fläming
- 9 Flughafen BER - aktuelle Informationen

Öffentlicher Teil

TOP 1

Rundgang/Vorstellung Museumsdorf Glashütte

Das Museumsdorf Baruther Glashütte ist ein Technisches Denkmal im Süden des Landkreises Teltow-Fläming in Brandenburg. Das Museum setzt sich mit der Sozial- und Technikgeschichte des alten Glasmacher-Ortes auseinander.

Zu Beginn der Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauleitplanung erfolgte ein Rundgang durch das Museumsdorf, geführt durch den Amtsleiter Bauamt, Herrn Weiher. Bei dieser Besichtigung bekamen die Abgeordneten einen umfangreichen Einblick in Kunst, Handwerk, Glas und Geschichte sowie Dorfleben von Glashütte. So wurden u. a. Einrichtungen wie Glasmanufaktur, Museumsshop, Galerie, Leinenkontor, Töpferei, Kräutergarten besucht. Es bestand auch die Möglichkeit, Einblick in denkmalgeschützte Wohnungen zu bekommen, die teilweise zur Vermietung ausgeschrieben sind.

Bei diesem für alle sehr interessanten Rundgang erhielten die Abgeordneten einen Eindruck von der Vielfältigkeit des Ortes.

TOP 2

Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Habermann begrüßt neben den Abgeordneten auch Herrn Dr. Goes, Vorsitzender Museumsverein Glashütte e. V. zur heutigen Sitzung.

Es gibt keine gegenteilige Auffassung zur Tagesordnung. Damit gilt sie als bestätigt.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

In dieser Sitzung wurden keine Anfragen gestellt.

TOP 4

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 05.03.2013 und vom 02.04.2013

Gegen die Niederschriften vom 05.03. und 02.04.2013 wurden keine Einwendungen vorgetragen. Damit gelten sie als genehmigt.

TOP 5

Anfragen der Abgeordneten

Auf Grund der Beratung des Haushalts- und Finanzausschusses am 03.06.2013, bei der sich die Mehrheit der Bürgermeister und Fraktionen gegen die im Haushaltsplanentwurf des Landkreises für 2013 eingestellte Kreisumlage von 48 % ausgesprochen hat, stellt **Herr Rex** folgende Anfragen:

- Welche Maßnahmen aus dem Bereich unseres Ausschusses können dadurch gefährdet sein?
- Trifft es auch Maßnahmen aus dem Bereich Schulen und ähnlich gelagerte Maßnahmen?
- Welche Straßenbaumaßnahmen werden zurückgestellt?
- Welche investiven Maßnahmen werden mit welchen Auswirkungen und mit welchem Leistungsvolumen zurückgestellt?

Auf die Frage antwortet **Herr Gärtner**, die Verwaltung muss sehen, ob weitere 0,8 % vom Gesamtvolumen für alle Produkte ausgemacht werden können, dieser Betrag beinhaltet eine Summe von 1,5 Mill. €. Das hätte dann zur Folge, dass der Haushalt wieder ausgeglichen ist und man wäre auch in der Lage, diese wieder zu investieren. Bei den Investitionen gibt es eine Liste, die ca. 6 Mill. € umfasst und einer Unmenge an Maßnahmen – u. a. eine Rate für die B 101, welche in diesem Jahr nicht fällig wird. Es gibt auch eine Vielzahl an Maßnahmen, kreisliche Schulen betreffend, z. B. Investitionen für Gymnasien, Förderschulen usw. Erreichen wir es nicht mit den 1,5 Mill. Umlage, wenn der Kreistag die 48 % nicht beschließt, besteht ein unausgeglichener Haushalt und es kann nicht investiert werden.

Auch die Investitionsliste muss von den Abgeordneten beschlossen werden. Seine Empfehlung ist, zu versuchen, die Differenzsumme aufzutreiben, um den Haushalt auszugleichen. Gut beraten wäre man, sich gemeinsam mit den Bürgermeistern die verschiedenen Aufgaben genauer anzusehen. Ein erstes Treffen gab es bereits im April dieses Jahres mit der Kreis-AG der Bürgermeister. Herrn Gärtners Vorschlag, mit Blick auf die gegenwärtig im Land diskutierte Gebiets- und Funktionsreform, die auf jeden Fall in der nächsten

Legislaturperiode zum Tragen kommen wird, welche Aufgaben vom Land auf die Kreise übertragen werden. Wir sollten nicht darauf warten, was uns übertragen wird, sondern sollten eigene Vorschläge machen, wie es besser funktionieren kann und wo gegebenenfalls Einsparungen erfolgen können.

Auf die gestellten Fragen von Herrn Rex könne Herr Gärtner momentan nicht antworten.

Herr Rex bedankt sich bei Herrn Gärtner für die Ausführungen. Ihm war schon klar, heute keine konstruktive Antwort zu bekommen. Aber er bittet darum, bis zum nächsten Ausschuss einen entsprechenden Bearbeitungsstand von der Verwaltung zu bekommen. Ihm ist wichtig, gerade an den Schulen keine einschneidenden Maßnahmen zuzulassen. Ihn stört auch, dass dieser Ausschuss gegen die 48 %-Regelung kein Veto eingelegt hat.

Herr Steinhausen äußert, wenn der Haushalt bis zum 30.06. des Jahres nicht eingebracht ist, hat der Landkreis keine Möglichkeit mehr, Veränderungen zu tätigen, dann bleibt es bei der Kreisumlage von 47 %. In der vorläufigen Haushaltsführung befinden wir uns nur so lange, bis wir keinen genehmigten und bestätigten Haushalt haben. Das betrifft aber nur die Investitionen, die freiwilligen Leistungen sind davon ausgenommen. Teilweise bestehen Altverträge, wie bei der Sportförderung, wo Jahres- oder 3-Jahresverträge abgeschlossen wurden.

Herr Gärtner antwortet, das betrifft nicht die Sportförderung an sich, über die nochmal nachzudenken ist, hier geht es um die Leistungen an den Kreissportbund, speziell um ein Problem mit der Geschäftsführerin, und der Vertrag mit den Ringern. Was die Schulen betrifft, wenn der Haushalt mit 48 % ausgeglichen werden kann oder der Kreis in der Lage ist, die 0,8 % aufzubringen, besteht die Möglichkeit der besseren Unterstützung der Schulen.

Herr Steinhausens Vorschlag zur Investitionsliste ist, dass es doch sinnvoll wäre, regelmäßig in diesem Ausschuss Prioritäten festzulegen, was unserer Meinung nach auf alle Fälle in den kommenden Haushalt eingebracht werden muss. Hier könnten Prioritäten für spätere Jahre festgelegt werden. Er würde es begrüßen, diese Liste regelmäßig, eventuell zweimal jährlich, in diesem Ausschuss behandeln.

Herr Gärtner begrüßt diesen Vorschlag. Die Investitionsliste wird in das Ratsinformationssystem eingestellt.

TOP 6

Präsentation Museumsdorf Glashütte

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, bittet **Herr Habermann Herrn Weiher** um seinen Vortrag zum Museumsdorf Glashütte.

Herr Weiher beginnt mit seiner Präsentation. (Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem einsehbar.)

In seinem Vortrag stellt Herr Weiher die Objekte vom Museumsdorf Glashütte vor, informiert über die Kosten im Zeitraum von 2009 bis 2012, gibt einen Überblick über den bestehenden Museumsverein und zeigt die weitere Entwicklung auf.

Glashütte hat eine Einwohnerzahl von 63 Personen, es gibt 19 Gewerbetreibende.

Bei den Besucherzahlen ist im Zeitraum es eine leichte Steigerung zu verzeichnen.

Es wird eingeschätzt, dass den Ort pro Jahr 80.000 – 90.000 Personen besuchen, beim Museum sind es ca. 32.000.

Herr Steinhausen erkundigt sich nach der Öffnungszeit und erfährt von **Herrn Dr. Goes**, dass außer Montag täglich geöffnet ist. Bei ca. 90 000 Besuchern/Jahr sind das ca. 200 Gäste/Tag, wobei die Wochenenden stärker genutzt werden. Aber auch Ruhefristen sind zu verzeichnen – in den Monaten Januar und Februar kommen sehr wenige Besucher nach Glashütte. Allerdings finden die diversen Feste, wie u. a. Kinder- und Familienfest, Frühlings-, Sommer-, Weihnachtsfest, sehr guten Anklang.

In der weiteren Präsentation zeigt Herr Weiher, welche Liegenschaften Eigentum des Landkreises sind und welche Flächen verpachtet und vermietet sind. Anhand von Kartenmaterial wird sichtbar, wie viel z. B. im Jahr 2010 bei der Bauunterhaltung investiert wurde. Z. B. mussten Schornsteine und Heizungsstrang erneuert bzw. erweitert werden. Für die Instandhaltung der Gebäude werden ca. 80 T€/Jahr benötigt.

Im Konzept ist dargestellt, wie die Zukunft aussehen soll: Es bestehen Vorstellungen, an jedem Haus Erläuterungstafeln anzubringen, auf denen auch alte und neue Bilder sichtbar sind.

Zu den Mieteinnahmen erklärt Herr Weiher, dass diese gesunken sind, da die Häuser im Erbbaurecht vergeben und Wohnungen zeitweise nicht belegt wurden, der Erbbauzins ist gestiegen. Bei Erbbaurechtsverträgen, die noch vom Verein geschlossen wurden, gab es Vereinbarungen, dass für 20 oder 25 Jahre der Erbbauzins in einer Summe bezahlt wird, dadurch muss in den nächsten Jahren kein Erbbauzins gezahlt werden, die Zahlung erfolgt wieder ab 2020.

Zur Bewirtschaftung bemerkt **Herr Weiher**, dass Wasserleitungen angeschlossen und Zähler eingebaut werden mussten. Erst ab 2010 waren wieder Einnahmen zu verzeichnen. Der Verein war nicht in der Lage, Betriebskosten zu zahlen. Es gab einen Restbestand von ca. 59 T€, in 2011 waren es dann noch 34 T€, für 2012 ist davon auszugehen, obwohl die Schlussrechnung noch nicht vorliegt, dass der Bestand auf 0 € gesunken ist.

Herr Weiher wird einen Antrag stellen, dass diese Restschuld für 2010 und 2011, zumindest befristet, niedergeschlagen wird, da der Verein in der jetzigen Entwicklung nicht in der Lage sein wird, diese Schulden zu bezahlen.

Die Frage von **Herrn Rex**, ob der Kreis dann die Kosten trägt, bejaht **Herr Weiher**. Die Forderung bleibt bestehen, wird aber gestundet.

Auf Nachfrage von **Herrn Steinhausen**, dass auch 2012 wieder ca. 20 T€ enthalten sind, erklärt **Frau Dittwald**, dass dies die Einschätzung ist, da noch keine Endabrechnung vorliegt.

In den ersten Monaten des Jahres gab es große Probleme, Einnahmen waren nicht zu verzeichnen, Personalkosten sind aber vorhanden. Rücklagen sind nicht vorhanden. Gesamteinnahmen kommen hauptsächlich aus Mieten und Betriebskosten. Die Entwicklung ist aber insgesamt positiv.

Beim Museumsverein ist eine Steigerung der Gesamteinnahmen von 2009 bis 2011 zu verzeichnen. Positiv ist die Durchführung zusätzlicher Feste, die sehr gut angenommen wurden und werden. Auch ist eine Entwicklung im Museumsshop zu erkennen, u. a. durch den Verkauf von Bewässerungskugeln.

Zu überprüfen ist die Einnahmesituation von Eintrittsgeldern, meint **Herr Steinhausen** und möchte wissen, wann das letzte Mal Eintrittsgeld erhöht wurde.

Herr Dr. Goes antwortet, Eintrittsgeld wurde seit der Euro-Umstellung nicht erhöht, jedoch wurden die Bewässerungskugeln um 1 € erhöht. Mit einem relativ hohen Eintrittspreis von 5,50 € ist für viele die Schmerzgrenze bereits erreicht, es gibt auch keine Ermäßigung für

Senioren. Allerdings wird, bedingt durch das Glasstudio, mehr als in normalen Museen geboten.

Herr Weiher denkt, dass die Erhöhung der Besucherzahlen des Museums nicht noch sehr steigerungsfähig ist. Das hängt auch mit der Dauerausstellung gegenüber einer wechselnden Ausstellung zusammen.

Herr Dr. Goes ergänzt, durch den Bereich der Ofenvermietung ist großes Potenzial zu verzeichnen. Der Umsatz im Museum steigt, aber die Besucherzahlen steigen nicht. Auch ist das wetterabhängig. Sehr erfreulich ist, dass der Landkreis bei der Ausgestaltung und der Ausrichtung der Feste berät und unterstützt.

Die Ofenvermietung hat auch einige Einnahmen eingebracht, äußert **Herr Weiher**.

Herr Dr. Goes bemerkt, dass durch die Hochschule für Kunst und Design Schmiedewerkstatt Halle großes Interesse an der Glaskunst besteht. Diesen Ausschuss interessiert das materielle Erbe, aber es gibt auch ein sogenanntes unmaterielles Erbe, welches hier durch die Glasproduktion gepflegt wird, das ist schützenswert. Indem die Öfen vermietet werden, wird auch dieses aussterbende Handwerk bewahrt. Das hat auch überregionale Bedeutung.

Zum Sach- und Personalkostenzuschuss erklärt **Herr Weiher**, dass seinerzeit ein Vertrag zwischen Land, Kreis und Verein geschlossen wurde, wobei das Land einen jährlichen Betrag in Höhe von 40 T€ zuschießt und der Kreis 35 T€. Auf die Frage von **Herrn Steinhausen** nach der Länge des Vertrages mit dem Land, antwortet **Herr Dr. Goes**, dass dieser Vertrag unbegrenzt gilt.

Bei den Ausgaben gibt es u. a. eine Erhöhung der Betriebskostenvorauszahlung. Gesunken sind die Personalkosten, da weniger Personal beschäftigt wird, hier erfolgte eine Reduzierung von 2009 (13 MA) und 2013 (6 MA). Insgesamt ist bei Gesamteinnahmen von einem positiven Ergebnis auszugehen. Die Besucherentwicklung im Museum blieb relativ konstant, eine Erhöhung der Gäste ist bei den Festen zu verzeichnen.

Wie geht es weiter im Museumsdorf Glashütte? Die Zusammenarbeit ist ausgewogen, manchmal auch sehr kritisch. Bei den Betriebskosten ist zu überlegen, sie durch technische Neuerungen zu senken. Mit den vorhandenen Bräuchen sind jedoch keine Gewinne zu erzielen, dazu sind die Mieten einfach zu niedrig. Das Gestaltungskonzept ist umsetzen. Auf Grund der gegenwärtigen Haushaltslage wird sich aber vieles verzögern. Höhere Einnahmen sind durch Zusammenarbeit mit der Fläming-Skate und mit Tropical Islands zu erreichen. Tropical Island ist sehr an einer Zusammenarbeit interessiert, dort kann auch kostenlos geworben werden.

Die Entwicklung der letzten drei/vier Jahre bezeichnet **Herr Weiher** als positiv. Daran, dass Glashütte jemals völlig ohne zusätzliche Kosten auskommt, glaubt **Herr Weiher** nicht. Wir sind Eigentümer, daraus ergeben sich Pflichten. Für die Instandhaltung muss jährlich mit 100 T€ gerechnet werden. Dazu gibt es auch einen Kreistags-Beschluss.

TOP 7

Mitteilungen der Verwaltung

Herr Gärtner äußert sich zum Treffen am 31. Mai 2013 im Flughafenberatungszentrum (FBZ), in dem es um die Erarbeitung einer Vorlage „Maßnahmen zum aktiven Schallschutz am Flughafen BER“ ging. Diese Zusammenkunft fand in einer sehr sachlichen Atmosphäre

statt. Absprachegemäß wurde alles in Form gebracht und Herr Gärtner übergibt nunmehr das erarbeitete Schriftstück an die anwesenden Mitglieder. Seine Bitte an die Fraktionen lautet, nochmals darüber nachzudenken, da es nur Sinn macht, wenn die Parteien und Fraktionen dahinterstehen. Den Entwurf habe er auch an Herrn Dr. Kalinka übermittelt, da die Fraktion der Grünen nicht mehr Fraktionspartner der SPD ist. Da der Antrag auf Grund von Zeitknappheit nicht mehr für den kommenden Kreistag eingereicht werden kann, bittet er die Vorlage nochmals in den Fraktionen zu behandeln. Das Thema sollte in die nächste Ausschusssitzung zur Tagesordnung genommen werden.

Außerdem bewegt **Herrn Gärtner** die Frage, wie wird mit diesem Beschluss in Potsdam umgegangen. Er hofft auf ein entsprechendes Feedback.

Herr Habermann gibt den Hinweis, den Antrag in den Fraktionen zu beraten und, mit Unterstützung der Landtags-Abgeordneten, auf den Weg zu bringen.

Da es keine weiteren Redebeiträge gibt, geht **Herr Habermann** zum nächsten Tagesordnungspunkt, dem Bundesverkehrswegeplan, über.

TOP 8

Bundesverkehrswegeplan, Bereich Teltow-Fläming

Herr Habermann bittet Herrn Gärtner bzw. Herrn Neumann um die entsprechenden Ausführungen.

Im Vorfeld informiert **Herr Gärtner**, dass das MIL (Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft) die Kommunen aufgefordert hat, entsprechende Stellungnahmen zum Bundesverkehrswegeplan (BVWP) abzugeben. Die Maßnahmen aus Sicht des Landes wurden in die Anmelde-Liste BVWP 2015 übernommen.

Als die Liste bekannt wurde, wurde festgestellt, dass eine wichtige Maßnahme fehlte, nämlich die OU um ehemals Tegeler in Trebbin, die B 246 - Spange zur B 101 -. Obwohl seinerzeit eine andere Lösung vorgesehen war, wurde extra auf unser Verlangen hin ein Kreisverkehr angelegt. Damit hätte der Durchgangsverkehr später aus Trebbin herausgehalten werden können. Diese Maßnahme wurde gestrichen.

Nun hatte der Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft zur Vorstellung seiner Sichtweise eingeladen. Bedauerlich ist, dass einerseits gesagt wird, alle Seiten werden beteiligt, dann aber nicht nachgefragt wird, ob wir mit der „Streichliste“ einverstanden sind. Als die Bedarfsliste für Radwege aufgestellt wurde, wurden wir auch schon im Vorfeld beteiligt bzw. es wurde sich über entsprechende Dinge ausgetauscht. Herr Gärtner regt an, ob nach Abstimmung mit den Abgeordneten der Landkreis Teltow-Fläming in Vertretung durch Frau Gurske ein entsprechendes Befristungsschreiben zur neuerlichen Prüfung an Herrn Vogelsänger richten sollte.

Herr Heller erinnert daran, dass der Bund die Länder aufforderte, sich nochmals den alten BVWP anzuschauen, und dem Bund zu signalisieren, wo Einsparungsbedarf ist. Er empfindet es sehr vermessen, dass das Land Brandenburg Maßnahmen streicht, ohne nachzufragen, wie die Stellungnahmen der Landkreise aussehen. Er äußert weiter, dass die Fachkompetenzen nicht vom Land selber ausgehen, sondern das Land entsprechende Planungsbüros beauftragt hat. Das bedeutet, dass diese die politischen und fachlichen Vorgaben vorweg genommen haben.

Herr Neumann möchte den Vortrag von Herrn Minister Vogelsänger nicht wiederholen – dieser ist im Ratsinformationssystem einsehbar. Er möchte lediglich auf einzelne Passagen aufmerksam machen. Er merkt an, die Devise von Herrn Vogelsänger heißt: sparen, kürzen, vereinfachen. Auf den Hinweis von Herrn Heller bezogen wurde alles fachlich sehr genau

untersucht. Es gibt eine Schwachstellenanalyse für das gesamte Bundesgebiet und auch für das Land Brandenburg – wie Verkehrsstärke, Zusammensetzung des Verkehrs Unfallgeschehen, Zeitersparnis, städtebauliche Qualität. Überall wurden die Schwachstellen analysiert. Die durch uns vorgeschlagenen, jedoch nicht aufgenommenen Maßnahmen wurden auch untersucht. Darüber wurden entsprechende Dossiers gefertigt. Die OU Trebbin (Möbel-Tegeler) wurde dennoch gestrichen, ebenso die OU Nunsdorf und Christinendorf. Die Bewertungskriterien zeigen aus Sicht des Ministeriums mangels hinreichender Schwachstellen keinen Bedarf auf.

Herr Habermann fragt, weshalb der Bund dann die OD von Christinendorf neu baut?

Darauf äußert **Herr Neumann**, dass es sich um eine Maßnahme aus früherer Zeit handelt. Der jetzige Sparkurs führt leider zu anderen Ergebnissen.

Dann erläutert **Herr Neumann** kurz die einzelnen Maßnahmen und Ergebnisse der Überprüfung. In die Anmelde-Liste einbezogen wurden die B101 - OU Kloster Zinna, OU Hohenahlsdorf und OU Welsickendorf. 3 Maßnahmen wurden abgelehnt (B 246 – OU Trebbin, OU Christinendorf, OU Nunsdorf) ebenso die B 102 - OU Hohengörsdorf. Ablehnungsgründe wie erwähnt (Schwachstellennachweis, geringe Verkehrsmengen bzw. keine Fernverkehrsbedeutung).

Seite 18 der Präsentation zeigt einen Auszug der finanziellen Rahmenbedingungen. Hier wird deutlich, dass zwischen den Jahren 2004/2013 ein größerer Einbruch zu verzeichnen ist. Neuinvestitionen gehen rapide nach unten, gleiches gilt beim Um- und Ausbau. Der künftige Schwerpunkt liegt in der reinen Erhaltung. Ein Neubau ist so gut wie nicht mehr vorgesehen.

Die neue Grundkonzeption des BVWP 2015 ist auf Seite 22 dargestellt. Künftig sollen rund 83 % (statt bisher 74 %) der zur Verfügung stehenden Investitionsmittel von 10 Mrd. € im Westen verbaut werden. Oberstes Gebot war der Reduzierungsansatz.

Eventuell könnten lt. telefonischer Auskunft des Landesbetriebes Straßenwesen vorhandene Maßnahmen getauscht werden, wie z. B. OU Zossen und OU Großmachnow. Ob auf Grundlage der Untersuchungen des MIL die OU Trebbin (B 246) ein Pendant wäre, ist fraglich. Gespräche gab es bereits mit dem Landesbetrieb Straßenwesen. Die Anmeldung seitens des Landes an das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) muss bis Ende September des Jahres erfolgen.

Herr Habermann möchte wissen, inwieweit dieses Konzept durch konkrete Vorplanungen untersetzt wird, teilweise gehen die Trassen z. B. durch Sumpfgebiete. Gab es Büros, die sich mit diesen Trassenvorschlägen beschäftigen?

Das verneint **Herr Neumann** und bemerkt, dass es sich hierbei nur um grobe Vorschläge und noch keine konkrete Linienbestimmung handelt.

Herr Gärtner äußert sich positiv darüber, dass eine Anmeldung noch bis September möglich ist. Was politisch machbar ist, sollte man sich anschauen. Bei der OU Großmachnow und OU Zossen müsse man nachfragen, ob die entsprechende Straße durch die Gemeinde auch gemeldet ist und die Straße überhaupt gewünscht, gewollt, aber auch machbar ist. Dies ist ein schwieriges Thema. Dieses Thema sollte im nächsten Ausschuss nochmals behandelt werden. Vorab würde er die Gemeinden abfragen und versuchen, darauf Einfluss zu nehmen, bestimmte Straßen in den Verkehrswegeplan zu bekommen und dem Ministerium einen Tausch anzubieten. Z. B. ist in unserem Landkreis die OU Trebbin das Wichtigste, dafür könnte eine andere Strecke wegfallen oder später gebaut werden. Deshalb ist es sehr

wichtig, und das wäre sein Vorschlag, sich mit den Gemeinden abzustimmen und eventuell Änderungsvorschläge zu erarbeiten.

Herr Habermann äußert, dass dies eine Aufgabe für die nächste Sitzung des Ausschusses wäre.

Herr Heller: Wir reden ja nicht über die nächsten Jahre, sondern über die nächsten Jahrzehnte. Man sollte immer den Bundesverkehrswegeplan hinterfragen, um zu schauen, was alles enthalten ist und was verwirklicht werden kann. Der Bundesverkehrswegeplan wurde nach 1990 für die neuen Bundesländer aufgestellt. Man sollte nochmal hinterfragen, was in der damaligen Euphorie alles reingekommen ist und ob das heute noch benötigt wird. Die Frage stellt sich, dass das Ministerium selbst das gar nicht reflektiert hat und es politisch nicht mehr gewollt ist. Der Kreisverkehr ist schon da, die Planung hat begonnen, es wurden Varianten untersucht und die Gemeinden beteiligt. Plötzlich wird die Sache gestrichen.

Herr Gärtner äußert, gerade zur OU Trebbin - ehemals Tegeler-Gelände - gab es Gespräche mit dem damaligen Landrat Giesecke bei Minister Vogelsänger, dies als Kreisstraße auszuweisen. Nachfolgend gab es Gespräche mit der Fa. Porta, die dann das Gelände kaufte und größere Planungsabsichten hegte. Im Weiteren ist die Gemeinde Schönhagen angebunden und der dortige Verkehrslandeplatz hat Entlastungsfunktion für den BER.

Herr Heller bemerkt, alle fahren über Trebbin rein, in Schönhagen wieder ab und wollen von der schnellen und neu ausgebauten vierspurigen B 101 profitieren.

Für **Herrn Gärtner** ist wichtig, nochmals in den Gemeinden zu recherchieren und uns im nächsten Ausschuss mit dem Thema zu befassen. Entweder es wird ein entsprechender Beschluss gefasst oder es werden dazu Gespräche mit dem Ministerium geführt.

Herr Habermann schließt mit diesem Schlusswort von Herrn Gärtner den TOP ab.

TOP 9

Flughafen BER - aktuelle Informationen

Zum TOP - BER – aktuelle Informationen - äußert **Herr Habermann**, haben wir letzte Woche im FBZ zusammengesessen und das Konzept für den aktiven Schallschutz (fraktionsübergreifend) erarbeitet. Sein Dank gilt der Verwaltung für die Zusammenstellung des Konzeptes. Zum Flughafen BER bemerkt er, dass momentan von den 25 500 Wohneinheiten, die schallgeschützt werden müssen, gerade mal ca. 10 % bisher realisiert wurden. Wobei man nicht weiß, inwieweit diese 10 % nochmal verändert werden müssen. Hier ist der Streit immer noch nicht ausgestanden, man wartet auf die Begründung – das Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) ist da. Momentan stoppt das Ganze – genauergesagt dürfte der Flughafen nicht in Betrieb gehen, wenn der Schallschutz für Diejenigen, die ein Jahr von Inbetriebnahme den Antrag gestellt haben - und Herr Schwarz hat das zugesichert – nicht geleistet ist. Von dieser Festlegung ist man sehr weit entfernt.

Herr Gärtner informiert über einen Gesprächstermin mit dem Flughafenchef, Herrn Mehdorn. Jener hatte die Landräte und Bürgermeister eingeladen. Im Rahmen dieser Runde sagte Herr Lehmann, Leiter der Stabsstelle Schallschutz am BER, dass ab diesem Sommer damit zu rechnen ist, dass es weitergeht – hier bleibt aber das Urteil abzuwarten. Eine Bemerkung erfolgte durch Herrn Gärtner zur Erarbeitung eines Konzeptes der UAG der AG 3 im Dialogforum. Hier befasste man sich mit u. a. mit folgender Thematik: In einem künftigen Zentrum sind bestehende Organisationen wie BADC, Dialogforum der Fluglärmschutzbeauftragte usw. unter einem Dach zu vereinen. Weitere zu klärende Fragen

sind der Standort und Trägerschaft. Bei der Standortfrage gab es die Diskussionen, dass die Gemeinde Mahlow schwer erreichbar ist. Derzeit ist die gut erreichbare Airport World im Gespräch. Dieses Objekt wäre auch kostengünstig für unseren Kreis.

Herr Habermann erkundigt sich nach weiteren Informationen?

Herrn Niendorf fragt nach der Rasenmähd an der Fläming-Skate. Er möchte wissen, ob der Landkreis Probleme im Bereich Hohenseefeld hat. Sollten Probleme bestehen, wäre eventuell darüber nachzudenken, sich an die landwirtschaftlichen Betriebe zu wenden und dort um Hilfe zu bitten.

Herr Weiher merkt an, da nur mit einem Fahrzeug gemäht wird, braucht es eine gewisse Zeit, bis alles erfasst ist.

Herr Gärtner ergänzt, dass pro Jahr 3 Mäharbeiten geplant sind. Im letzten Jahr gab es große Beschwerden, da nur 2 Termine durchgeführt wurden.

Weitere Redebeiträge liegen nicht vor. **Herr Habermann** bedankt sich bei Herrn Dr. Goes für die interessanten Informationen und bei Herrn Weiher und Frau Dittwald für die Präsentation. Weiter äußert er, es war wichtig, uns vor Ort einen Überblick zu verschaffen und einen Überblick über die Kosten des Museumsdorfes zu bekommen.

Damit schließt **Herr Habermann** die Sitzung.

Im Weiteren verweist er noch auf eine Broschüre von Rudolf Glaser „Das Luftkriegsgeschehen am 2. Dezember 1943“. Bei Interesse kann die Broschüre für 4,50 € bei ihm erworben werden.

Datum: 07.08.13

Habermann

Vorsitzender

Remus

Schriftführerin